



**Uwe Kekeritz**  
Mitglied des Deutschen Bundestages

Mitglied im Ausschuss für wirtschaftliche  
Zusammenarbeit und Entwicklung  
Vorsitzender des UA Gesundheit in EL  
Vorsitzender der Parlamentariergruppe Westafrika  
Bundestagsfraktion Bündnis 90 / Die Grünen

Platz der Republik 1  
11011 Berlin  
Telefon: +49 30 227-77346  
Fax: +49 30 227-76346  
Mail: Uwe.Kekeritz@bundestag.de

Uwe Kekeritz MdB, Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Herrn Landrat  
Dr. Günther Denzler  
Ludwigstr. 23  
96052 Bamberg

09.08.2013

### **Besuch der Asylbewerberunterkunft Aschbach**

Sehr geehrter Herr Dr. Denzler,

nachdem ich von einigen Bewohnern der Unterkunft, von einem lokal tätigen Verein und von Mitgliedern der Grünen über die Situation und die Verhältnisse in Aschbach informiert und gebeten wurde, mit den zuständigen Behörden über die dortigen Verhältnisse zu sprechen, habe ich mich entschlossen, die Unterkunft selbst zu besuchen. Der Besuch fand am Donnerstag, 08.08. statt.

Um es vorweg zu nehmen. Ich möchte hier nicht die Drittstaatenregelung aufgreifen und diskutieren, auch wenn ich sie zumindest teilweise für menschenrechtswidrig halte, was bereits der EUGH ebenso sieht.

Mir ging es um die Frage, wie die tschetschenischen Flüchtlinge, die bis auf zwei Familien alle aus einem Drittstaat (Polen) nach Deutschland kamen, untergebracht sind und inwieweit ihre Lebensbedingungen akzeptabel sind.

Da ich schon einige solcher Unterkünfte besichtigt habe, komme ich zum Schluss, dass die Verhältnisse in Aschbach weit unter dem durchschnittlichen Niveau liegen und diese Tatsache offensichtlich von Ihrer Behörde (Ausländeramt) großteils mit zu verantworten ist.

**1. Lebensmittelversorgung:**

In einer Vorratskammer waren ca. 120 Päckchen Weizenmehl. Dieses Mehl wird von den Bewohnern aber nicht bestellt, da der Vorrat groß genug ist. Frisches Gemüse und Obst sind dagegen Mangelware. Die Hausverwaltung scheint die Zusammenstellung der Essenspakete wohl weitgehend nach eigenem Ermessen zu gestalten. Dazu hat sie allerdings auch nach bayerischen Regelungen kein Recht.

**2. Medizinische Betreuung:**

Es wurde massiv darüber geklagt, dass die ärztliche Versorgung sehr schlecht sei. Ein Mann, der öfters Hustenanfälle hat und dabei Blut spuckt, wurde bisher nicht intensiv untersucht. In Tschechien liegt die TB-Rate weit über dem globalen Durchschnitt und gilt als eines der Länder, die



zur Verbreitung der Tuberkulose massiv beitragen, darunter auch Formen der multiresistenten TB. Wenn dieser Mann Blut spuckt, besteht sogar der Verdacht auf offene Tuberkulose. Ein solcher Verdacht muss medizinisch überprüft werden und im Falle der Infektion müssen die entsprechenden Maßnahmen eingeleitet werden.

Schwangere Frauen klagten darüber, dass sie seit Wochen keine Überweisung zum Besuch eines Facharztes erhalten haben. Erst einen Tag vor meinem angekündigten Besuch, hätten die Frauen die Überweisungen erhalten. Sowohl die Vertreterin des Vereins, als auch die BewohnerInnen erzählten plausibel, dass dem dort tätigen Hausarzt untersagt wurde, solche Überweisungen auszustellen. Sollte sich dieser Verdacht bestätigen, wäre das nicht nur moralisch sondern auch juristisch völlig inakzeptabel.

3. Müll:

In dem äußerst dicht belegten Haus leben zurzeit 73 Menschen, darunter viele kleine Kinder, die noch Windeln benötigen und so überdurchschnittlich viel Müll produzieren. Wöchentlich wird allerdings nur ein Container Müll entsorgt. Aus diesem Grund liegen in der Regel kubikmeterweise Müllsäcke vor dem Haus. Aufgrund meines Besuches wurden die Müllsäcke hinter dem Haus versteckt. Die Bewohner führten mich allerdings dort hin. Aus hygienischen Gründen ist dies völlig indiskutabel. Gerade jetzt im Sommer sind solche Müllberge ein Hort für Keimentwicklung. Auch die Ratten scheinen sich dort ziemlich wohl zu fühlen.

Unverantwortlich ist eine solche Müllbehandlung auch aus Gründen der Fremdenfeindlichkeit. Bei den Anwohnern entsteht der Eindruck, dass die Menschen völlig verwahrlost leben und Dreck und Müllberge hinter ihrem Haus produzieren. So wurde mir berichtet, dass sie nicht selten als „dreckig“ und als „Schweine“ bezeichnet werden. Damit leistet die Müllbehandlung, für die das Landratsamt verantwortlich ist, einen erheblichen Beitrag zur Steigerung der Fremdenfeindlichkeit, die immer das Potential hat, in Fremdenhass und in rassistische Strömungen umzuschlagen. Hier nimmt das Landratsamt seine Verantwortung offensichtlich nicht wahr. Fremdenhass darf heute nicht mehr auf die leichte Schulter genommen werden.

4. Zustand des Hauses:

Der Rundgang durch das Haus zeigte, dass es ohne massive Investitionen grundsätzlich keinem anderen Verwendungszweck mehr zugeführt werden kann. Für die Unterbringung von Menschen in Notsituation scheint es doch noch zu reichen. Da stellt sich schon die Frage, warum wir als SteuerzahlerInnen der Verwerterin des Gebäudes monatlich mindestens 50.000 Euro zukommen lassen. (Jährlich über 600.000 Euro). Für diesen Betrag können wir erwarten, dass die Unterbringung halbwegs akzeptabel ist. In den Zimmern sind offene Steckdosen oder andere Anschlüsse mit nicht gesicherten Kabeln. Viele Lampen sind kaputt und eine Gefahrenquelle, gerade bei der großen Anzahl kleiner Kinder. In den meisten Bädern, die alle keine Fenster haben, ist die Entlüftung defekt (könnte kostengünstig schnell repariert werden). Dies führt zu Schimmelbildung, die bei Familien mit kleinen Kindern mehr als bedenklich ist. Im obersten Stockwerk sind alle Dachfenster defekt, eine große Anzahl der Fenster ist nicht mehr wasserdicht. In allen Räumen sind uralte, völlig unhygienische Teppichböden verlegt für die im ganzen Haus (über 70 Bewohner) ein Staubsauger zur Verfügung steht.

5. Kritik an der Ausländerbehörde:

Viele Bewohner und Bewohnerinnen beklagten sich darüber, dass ihnen die Einsicht in ihre eigene Akte verweigert wird. Das ist nicht nur eine lässliche Formsache, sondern hat für die Betroffene



nen erhebliche juristische Konsequenzen. Sie erfahren nämlich nicht rechtzeitig, ob sie nach Polen rücküberführt werden. Sobald die Ausländerbehörde zur Überzeugung kommt, dass eine Rücküberführung angemessen ist, können die Betroffenen juristische Hilfe beantragen. Dieses Recht scheint den Tschetschenen durch Ihre Ausländerbehörde systematisch genommen. Die Ausländerbehörde scheint sich auch rechtswidrig zu weigern, den von der Rückführung Betroffenen zu bestätigen, dass eine Rücküberführung ansteht.

Kritisiert wurde auch, dass die Familien nicht selten zerrissen werden. So kann es vorkommen, dass ein Familienmitglied zurück nach Tschetschenien ausgereist ist, den Angehörigen aber die freiwillige Rückreise dann nicht mehr genehmigt wird. Nach meiner unverbindlichen Rechtsauffassung ist dies ebenso ein rechtswidriges Verhalten. Einzig ausschlaggebend für eine solche behördliche Willkür können die Kosten sein, die eine Rücküberführung nach Polen unter bestimmten Bedingungen als kostengünstiger ansieht.

#### 6. Schulbesuch der Kinder

Grundsätzlich hat die Behörde dafür Sorge zu tragen, dass Kinder unabhängig ihrer Nationalität am Schulunterricht teilnehmen. Es besteht schließlich eine Schulpflicht. Sicher ist es die örtliche Grundschule nicht in der Lage, ohne Probleme kurzfristig 20 und mehr Kinder aufzunehmen. Hier wäre es wohl die Aufgabe des Schulamtes nach geeigneten Lösungen zu suchen. Bisher scheint das Thema noch keine Rolle im Landratsamt zu spielen.

Sie sehen, dass es sich in Aschbach um eine Vielzahl von Problemen handelt, deren Bedeutung nicht zu unterschätzen ist. Mir ist dabei klar, dass die Kommunalpolitik bei weitem nicht ausreichend von der Bundes- und Landespolitik unterstützt wird. Nichtsdestotrotz kann es nicht angehen, dass in Aschbach derart negative Verhältnisse vorzufinden sind. Ich werde im Oktober wieder nach Aschbach kommen und mir die Verhältnisse nochmals ansehen. Ich würde Sie, den Leiter des Schulamtes und auch den Leiter der Ausländerbehörde zu diesem Besuch gerne einladen. Bis dahin könnten vom Betreiber des Hauses zumindest die baulichen Probleme (offene Kabel, völlig kaputte Dachfenster, Lüfter in den Bädern, u.a.) gelöst sein. Das Müllproblem muss allerdings sofort gelöst werden.

Ich freue mich auf Ihre Antwort und grüße Sie freundlich

Uwe Kekeritz MdB